

# Pressemitteilung

**Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Bezirk  
Berlin-Brandenburg**

**Abteilung Presse**

## **„Nicht die Arbeitslosen, sondern die Hartz IV-Regelungen sind das Problem“**

PM 14/10  
25.02.10

E-Mail:  
[Dieter.Pienkny@DGB.de](mailto:Dieter.Pienkny@DGB.de)

Internet:  
[www.Berlin-Brandenburg.DGB.de](http://www.Berlin-Brandenburg.DGB.de)

Anlässlich der Auftaktveranstaltung des BMAS mit Ministerin Ursula von der Leyen, im Rahmen von „EJ 2010, Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ wies die Vorsitzende des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, Überlegungen zur Kürzung von Hartz IV-Leistungen entschieden zurück. „Das Bundesverfassungsgericht hat der Politik unmissverständlich ins Stammbuch geschrieben, dass Sozialleistungen keine willkürlich festzulegenden Almosen sind, sondern ein Gebot der Menschenwürde“, sagte Zinke. Deshalb müssten dem Urteil folgend individuelle Festlegungen getroffen werden.

Trotz gegenteiliger Bekundungen aus Regierungskreisen reichten die Regelsätze bei weitem nicht aus. Zinke forderte für Erwachsene und Kinder eigenständige Regelungen auf der Basis von Warenkörben nach aktuellen Preisen.

„Außerdem muss der Bedarf der Kinder für Ausgaben wie Bildung, Kultur und Sport eigenständig ermittelt werden“, sagte Zinke.

„Das gesamte Hartz IV-Regelwerk muss neu gestaltet werden, unter anderem gehören die Zumutbarkeitsregeln und die 1-Euro-Jobs auf den Prüfstand“ erklärte Zinke weiter.

Eine Ursache dafür, dass auch Millionen Erwerbstätige zusätzliche Leistungen beziehen müssten, liege am staatlich geförderten Lohn- und Sozialdumping. Die Billiglöhne würden mit rund acht Mrd. Euro Steuergeldern subventioniert. „Deshalb müssen flächendeckende existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne von mindestens 7,50 € eingeführt werden, damit auch das Lohnabstandsgebot greift,“ sagte Zinke weiter. „Jeder, ob Frau oder Mann, gelernt oder ungelernt, muss von einem durch eine Vollzeitbeschäftigung erzielten Einkommen leben können“, so Zinke.

Die DGB-Vorsitzende machte auch darauf aufmerksam, dass Armut zu einem EU-weiten Problem geworden sei. Mittlerweile müssten 80 Millionen Europäer mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittslohnes ihres Heimatlandes auskommen. Somit seien 17 Prozent der Europäer von Armut betroffen.



Verantwortlicher  
Redakteur:  
Safer Cinar

Keithstr. 1 - 3  
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111  
Telefax 030 - 21240-114